

Betriebsräte kritisieren Trittin als „zynisch“

Heye-Protest nach Äußerungen zu Pfand

Obernkirchen/Hamburg (crs). Als „zynisch und arrogant“ bewerten die Betriebsräte der Einwegglas- und Dosenindustrie die neuen Äußerungen von Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) zum Zwangspfand. Mit Protestaktionen wollen sie auf den drohenden Verlust von Arbeitsplätzen aufmerksam machen. An einer Demonstration anlässlich einer Wahlkampfveranstaltung in Hamburg nehmen am Wochenende auch Heye-Betriebsratschef Stephan Seiffert und sein Stellvertreter Heinz Bruns teil.

„Prinzipiell ist es ja nicht verkehrt, dass Bewegung in die Sache kommt“, äußert sich Seiffert „zwiegespalten“ zum Vorstoß Trittins, der an die unionsgeführten Bundesländer appelliert hatte, bei der Bundesratssitzung am 12. März die bislang blockierte Novelle zur Verpackungsverordnung zu verabschieden. Allerdings, so kritisiert der Betriebsratschef von Heye Glas, seien die Vorschläge aus der Glasindustrie noch immer nicht diskutiert worden, zumindest nicht öffentlich. Deswegen bewertet Seiffert Trittins Argument, eine Ausweitung der Pfandpflicht auf Fruchtsaftgetränke und Wein sei nur mit der Novelle zu verhindern, als „fadenscheinig“: „Die Industrie hat sehr wohl Vorschläge unterbreitet, um die Pfandproblematik zu lösen.“

Entscheidende Forderung dabei: Die Glasindustrie will die Recyclingquoten in der Novelle berücksichtigt sehen und damit erreichen, dass Glas als ökologisch vorteilhaft angesehen und von der Pfandpflicht befreit wird. Was statistischen Werten zufolge der Fall wäre: Bei Einweg-Glasflaschen liegt die Recyclingquote bei über 90 Prozent (Quelle: Gesellschaft für Glasaufbereitung). „Glascontainer kennt jeder, damit sind wir doch schon aufgewachsen“, fordert Seiffert die Politik auf, die Erfolge des Glas-Recyclings anzuerkennen.

Noch schärfer äußert sich Wolfgang Gildner, Vorsitzender des Betriebsrates Rexam Beverage Can Gelsenkirchen, zu Trittins Äußerungen: „Das macht einmal mehr klar, dass die Regierung auf Kosten von Arbeitsplätzen auf Zeit spielt. Der Umweltminister ist sich darüber im Klaren, dass bei Beibehaltung des Zwangspfands ab Sommer dieses Jahres Tausende in die Arbeitslosigkeit gehen. Seine Haltung kann aus Arbeitnehmersicht nur als zynisch und arrogant bewertet werden.“

Die Betriebsräte fordern eine sofortige Aussetzung der Pfandregelung beziehungsweise eine Überarbeitung der Novelle zur Verpackungsverordnung, bevor diese im Bundesrat beschlossen wird. Seiffert gibt sich zuversichtlich: „Im Hintergrund laufen diese Gespräche ja bereits.“